

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat. Sie verletzt die Solidarität in der Gesellschaft und untergräbt die Fundamente des Rechtsstaates. Seit Monaten führen wir – gegen schwarz-gelben Widerstand – eine Auseinandersetzung über **Steuergerechtigkeit**. Steuerossen sind Gerechtigkeitswüsten, hat Peer Steinbrück richtigweise gesagt. Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit bedeuten sehr viel mehr als nur Staatseinnahmen in Euro und Cent. Wir lassen es nicht zu, dass einige Privilegierte sich heimlich, still und leise auf Kosten aller anderen Steuerpflichtigen rauskaufen können. SPD und Grüne haben daher im Bundesrat ein Steuerabkommen von Merkel und Schäuble mit der Schweiz zu Fall gebracht, das die Aufklärung und die Strafverfolgung von Steuerhinterziehung vereitelt hätte.

Wie wichtig das Thema Steuergerechtigkeit ist, hat der Fall von Ulrich Hoeneß, Unternehmer und Präsident des FC Bayern München, gezeigt. Das Entsetzen über den Glaubwürdigkeitsverlust einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens ist das eine. Wichtiger aber ist: Die ersten Reaktionen aus den Reihen der Regierung Merkel zeigen die politische Dimension des Falles. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer ließ verlauten, er habe schon seit geraumer Zeit von dem Fall Hoeneß Bescheid gewusst. Gleichzeitig gab Hoeneß öffentlich bekannt, er habe die Selbstanzeige zum jetzigen Zeitpunkt gestellt, weil das Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz gescheitert sei. Es ist unklar, ob die CSU und Ulrich Hoeneß sich über das Steuerabkommen ausgetauscht haben. Ein Gschmäcke hat die Sache auf alle Fälle.

Zumal eine weitere brisante Geschichte ans Licht gekommen ist: **Einige CSU-Politiker haben nahe Angehörige**



Berlin-Brief, Ausgabe 138
26. April 2013

Meine Termine

Konzert der SWR-BigBand

26.4.2013, 20 Uhr, Heilbronn, Forum
redblue, Wannenäckerstraße 50

**Ortsvereins- und
Kreisvorsitzendenkonferenz der SPD
Baden-Württemberg**

27.4.2013, 9 Uhr, Filderstadt, Filharmonie

**"ChorVision" des Jugendchors des
Chorverbands Heilbronn**

27.4.2013, 19 Uhr, Heilbronn, Freie Waldorfschule, Max-von-Laue-Straße 4

Bürgersprechstunde

29.4.2013, 13.30 Uhr, Heilbronn, SPD-
Geschäftsstelle, Untere Neckarstraße 50

DGB-Demo zum 1. Mai

1.5.2013, 10.30 Uhr, Heilbronn, Garten-
straße / Ecke Karlstraße

**Podiumsdiskussion in Reutlingen: Arm
trotz Arbeit**

2.5.2013, 19 Uhr, Reutlingen

**Jubiläumsveranstaltung 60 Jahre Euro-
pa-Union Heilbronn / Begrüßung der
Republik Kroatien in der EU**

9.5.2013, 16 Uhr, Heilbronn, Maybach-
Saal der Harmonie

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



bei sich beschäftigt. Der bayrische Landtag hatte am 1. Dezember 2000 ausgeschlossen, dass Ehefrauen, Kinder, Schwägerinnen und Schwager auf Kosten des Steuerzahlers beschäftigt werden. Wenn aber jemand vorher bereits einen Arbeitsvertrag hatte, so galt dieser weiter. Noch kurz vor der Beschlussfassung wurden Angehörige eingestellt und bis heute beschäftigt – in einem Fall sogar die 13 und 14 Jahre alten Söhne, die als „Berater“ tätig sein sollen.

Solche Skandale, in denen es um Geld und Ehrlichkeit geht, beschädigen unsere Demokratie. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Integrität von Parlamentariern schwindet verständlicherweise. Daher ist es umso wichtiger, dass wir im Bundestag transparent arbeiten. Die SPD hat in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur **Abgeordnetenbestechung** auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt. Wir wollen Volksvertreter sanktionieren, wenn sie einen Vorteil dafür annehmen, dass sie sich bei der Wahrnehmung ihres Mandates in einer bestimmten Weise verhalten. Kurz und gut: Wenn jemand für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten gekauft wird, ist das strafbar – für den, der gekauft wird, und für den, der kauft. Das Gesetz soll das Vertrauen in die Demokratie ein Stück weit wiederherstellen. Union und FDP sind in großen Streit ausgebrannt, wie sie hier verfahren sollen. Ich befürchte, dass es wieder so sein wird wie so oft bei Schwarz-Gelb: Am Ende geschieht gar nichts.

Dass Union und FDP nicht mehr regieren, sondern nur noch verwalten, zeigt sich auch beim **Antrag auf ein Verbot der NPD.** Der Bundesrat hat beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung über die Frage der Verfassungswidrigkeit der NPD zu beantragen. Wir Sozialdemokraten fordern den Bundestag auf, beim Bundesverfassungsgericht ebenfalls einen Verbotsantrag zu stellen. Denn es muss sich die breite Mehrheit der Demokraten in unserer Gesellschaft zusammentun, um gegen rechten NPD-Fremdenhass vorzugehen. Union und FDP haben lange diskutiert und sich gegenseitig die Verantwortung dafür in die Schuhe geschoben, dass sie sich nicht trauen, einen eigenen Verbotsantrag des Bundestages zu stellen. Am Ende auch hier das gleiche Ergebnis wie bei der Abgeordnetenbestechung: Es passiert nichts.

In dieser Woche habe ich im Plenum über das **Tarifvertragssystem** gesprochen. Die Tarifbindung nimmt, auch im europäischen Vergleich, in Deutschland stark ab. Es ist jedoch wichtig, dass Tarifverträge die Regel in unserem Land sind. Dafür müssen wir die politischen Rahmenbedingungen schaffen. Denn faire Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über Löhne und Arbeitsbedingungen sind ein elementarer Bestandteil unserer sozialen Marktwirtschaft. Doch auch hier: Die Bundesregierung tut nichts. **Meine Rede finden Sie anbei.**

Ich würde mich freuen, möglichst viele von Ihnen am **1. Mai** auf der **DGB-Demo in Heilbronn** zu treffen!

Mit freundlichen Grüßen